

Amtliches Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamezeile 10 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Em: Admerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Em.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Em.

Nr. 148

Diez, Freitag den 28 Juni 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

der Reichsbekleidungsstelle über Ausdehnung
des Tischwäscheverbotes in Gastwirtschaften.

Vom 8. Juni 1918.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Befugnisse
der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-
Gesetzbl. S. 257) wird folgendes bestimmt:

Artikel I.

Unter Aufhebung der einschränkenden Bekanntmachung
der Reichsbekleidungsstelle vom 25. August 1917 (Reichs-
anzeiger Nr. 202), betreffend Aenderung der Bekanntmach-
ung der Reichsbekleidungsstelle über die Verwendung von
Wäsche in Gastwirtschaften vom 14. Juli 1917 erhält der
§ 1 dieser Bekanntmachung vom 14. Juli 1917 (Reichsan-
zeiger Nr. 166) folgende neue Fassung:

§ 1.

In allen Betrieben, die — wenn auch nur im Neben-
betriebe — auf entgeltliche Verabfolgung von Lebens- und
Genusmitteln irgendwelcher Art zum Verzehr an Ort und
Stelle gerichtet sind, insbesondere Gast-, Schank- und Speise-
wirtschaften, Cafés, Konditoreien, Erfrischungsräumen,
Hotels, Pensionen, Logierhäusern sowie Clubs, Gesellschaf-
ten, Casinos, Kaminen und Vereinen, ist die Darreichung
von Mundtüchern aus Web-, Wirk- oder Strickwaren ver-
boten.

In solchen Betrieben dürfen ferner waschbare oder ab-
waschbare Web-, Wirk- oder Strickwaren (Tischzeuge) zum
Bedecken der Tische, auf denen Speisen oder Getränke verab-
folgt werden, den Gästen vom Betriebsunternehmer, seinen
Vertretern, Angestellten oder dergleichen Personen nicht
mehr zur Benutzung überlassen werden.

Artikel II.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Juli 1918 in
Kraft.

Berlin, den 8. Juni 1918.

Reichsbekleidungsstelle

Geheimer Rat Dr. Beutler

Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

Kriegswirtschaftsstelle des Unterlahn-Kreises.

Egb. Nr. 4565.

Diez, den 25. Juni 1918.

Betr. Zuweisung von Sackstopfgarn.

Das Kriegswirtschaftsamt hat nachstehende Bekannt-
machung der Reichssockstelle hierher mitgeteilt:

Betr. Zuweisung von Sackstopfgarn.

Das von den einzelnen Verbrauchern benötigte Sack-
stopfgarn ist bei der Reichssockstelle, Berlin W. 35, Lüchow-
straße 89-90, Fernsprecher Lüchow 7668 und 7669, anzu-
fordern. Die Reichssockstelle prüft den Bedarf und deckt
denselben jeweils für einen Monat unter Zugrundelegung
einer Garnmenge von 3—5 Gramm je Sack.

Das Sackstopfgarn wird den einzelnen Verbrauchern
durch die Reichssockstelle von einem Lagerhalter unmittel-
bar zugestellt.

Falls die Anforderung von Sackstopfgarn von einem
Sackflid-Institut kommt, ist die Anforderung durch Original-
beläge über die dem genannten Institut zur Auslieferung
eingesandten Säcke mit in Vorlage zu bringen.

Bei der Anmeldung des Bedarfs ist möglichst anzugeben,
ob Säcke mit der Hand oder mit der Maschine geflickt
werden.

Es wird ersucht, die Landwirte in geeigneter Weise
von vorstehendem in Kenntnis zu setzen.

J. B.:
Edm.

I. 8435.

Diez, den 22. Juni 1918.

An den Magistrat in Bad Em und die Herren Bürger-
meister in Altenhausen, Aull, Balduinstein, Becheln, Berg-
hausen, Diebrich, Birlenbach, Eppenrod, Geilnau, Geisig,
Giershausen, Lollschied, Miffelberg, Niedermöjen, Okerfisch-
bach, Ruppenrod, Schweighausen, Seelbach, Wasenbach und
Weinähr.

Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden bringt die
Bezahlung des im Monat Februar d. Js. gelieferten Sach-
und Namensregisters zum Regierungs-Amtsblatt für 1917
in Erinnerung. Ich ersuche für umgehende Regelung Sorge
zu tragen.

Der Admgl. Landrat.

J. B.:

Himmernann.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Bezirkskommandos Oberlahnstein haben die anonymen Brieffschreibereien im Landwehrbezirk überhand genommen. Das Bezirkskommando macht infolgedessen darauf aufmerksam, daß ohne Unterschrift bei ihm eingehende Beschwerden, mögen sie stichhaltig sein oder nicht, für die Folge unberücksichtigt bleiben.

Dagegen wird jede, mit dem Namen des Beschwerdeführers unterzeichnete Eingabe genau nachgeprüft und letzterer über den jeweiligen Ausgang der Sache behördlicherseits beschieden.

Anonyme Schreiben, welche ungerechtfertigte Verleumdungen enthalten, werden der königlichen Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung überwiesen.

Die Herren Bürgermeister werden um entsprechende ortsübliche Weiterbekanntgabe ersucht.

Der Königl. Landrat.

J. B.:

Zimmermann.

IV b. 1143.

Berlin, den 7. Juni 1918.

Bekanntmachung.

Nachdem vom Feinde internierte Zivilgefangene nicht mehr allein in der Schweiz, sondern in anderen neutralen Ländern zu Erholungszwecken untergebracht werden, ist es nach der Ansicht des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, zugleich als Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, geboten, die Fahrpreismäßigung zum Besuch solcher Zivilgefangenen nicht länger auf die Reisen nach der Schweiz zu beschränken, sondern sie allgemein bei derartigen Besuchsreisen in das neutrale Ausland zu gewähren. Da es den Angehörigen der im neutralen Ausland befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen nicht immer möglich sein wird, die zur Erlangung der Fahrpreismäßigung vorgeschriebene Bestätigung der Bazarverwaltung oder des behandelnden Arztes beizubringen, weil diese Kriegs- und Zivilgefangenen nur zum Teil in Bazarzellen oder in ärztlicher Behandlung sind, so genügt es, wenn bei Reisen nach dem neutralen Ausland außer dem Ausweis der Ortspolizeibehörde die Reisegenehmigung vorgelegt wird. Aus dieser Genehmigung hat hervorzugehen, daß es sich um eine Reise zum Besuch oder zur Beerdigung von deutschen Kriegs- oder Zivilgefangenen handelt und daß der Fahrt nichts entgegensteht.

Die königlichen Eisenbahndienststellen sind eisenbahnseitig mit entsprechender Weisung versehen worden; den Privateisenbahnen wird nahegelegt werden, sich der Maßregel für ihre Strecken anzuschließen.

Ich ersuche ergebenst, für Bekanntmachung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

v. Jarosky.

I. 7957.

Dienstag, den 13. Juni 1918.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntnis bringe, ersuche ich die Ortspolizeibehörden für entsprechende Weiterbekanntgabe Sorge zu tragen.

Für Reisen ins neutrale Ausland bedarf es eines vorchriftsmäßigen Reisepasses nebst Sichtvermerk, der unter Vorlage von drei Lichtbildern aus neuester Zeit bei mir rechtzeitig zu beantragen ist.

Der Landrat.

Ehron.

Betr. Benachrichtigung des Bezirkskommandos bei der Arbeitsniederlegung von zurückgestellten Wehrpflichtigen.

Laut kriegsministerieller Verfügung wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle zurückgestellten Wehrpflichtigen die Pflicht haben, sich bei dem zuständigen Bezirkskommando zu melden, sobald sie die Arbeitsstelle verlassen, von welcher sie reklamiert wurden. Ferner haben die Firmen die Namen der oben erwähnten reklamierten Arbeiter, welche die Arbeit niederlegen, sofort mitzuteilen.

Der Königl. Landrat.

J. B.:

Zimmermann.

Nichtamtlicher Teil**Deutscher Reichstag.**

Die Debatte über die Kühlmann-Nede wird fortgesetzt:

Abg. Raumann (Vpt.): Wenn Herr v. Kühlmann sagt, mit militärischen Siegen wird dieser Krieg nicht beendet, so heißt es auch, daß wir uns nicht das verkleinern lassen, daß neben den Waffen der große Sieg der Geister geht. Wir haben immer noch Leute, die über den Krieg hinaus denken, daß Verhandlungen nicht unmöglich sind. Das zeigen vor allem die beginnenden Verhandlungen über die Gefangenenfürsorge. Die Frage nach der Schuld des Krieges können wir heute nicht lösen. Es heißt heute, der Krieg wird fortgesetzt werden, bis einer der beiden Gegner — Deutschland oder England — tot ist. Was machen wir aber dann, wenn beide halbtot sind? Man muß sich immer fragen, ob das, was man dabei gewinnen kann, mehr ist als rabulistischer Rußland ist zusammengebrochen, Oesterreich-Ungarn hat sehr gelitten, ebenso steht es mit Frankreich und Italien. Mit militärischen Mitteln ist nichts getan. Daneben soll der Geist und das Gewissen der Bevölkerung sprechen. Wenn die Soldaten wissen, daß dieses vorhanden ist, dann kann man auch auf sie rechnen. (Beifall.)

Abg. Stresemann (Nat.): Die Rede des Staatssekretärs hat auf meine politischen Freunde geradezu niederstürzend und niederdrückend gewirkt. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! bei den Natl.) Wir bedauern auf das allertiefste, daß der Satz ausgesprochen werden konnte: „Wer machte den Ostfrieden?“ Das war Ludendorffs Hammer (stürmischer Beifall), wie es Lloyd George nannte. Das Land muß fragen, ist denn etwas eingetreten, was zu Zweifeln Anlaß gibt? Wir sind aus dem Stellungskriege heraus. Paris ist wieder in dem Bereich der deutschen Kanonen, da sollte man alles vermeiden, was die Siegeszuversicht des Volkes vermindern kann. Warum müssen wir in der Frage der Schuld an dem Kriege eine Entlastungs-offensive für England unternehmen, wie es gestern der Staatssekretär tat. (Sehr richtig!) Die ganze englische Politik in der letzten Zeit war nichts anderes als die Vorbereitung des Krieges gegen Deutschland. Wenn der Sieg unser ist, müssen wir ihn benutzen, um die nötigen realen Sicherungen zu erreichen. Das Verlangen des Rates von Flandern findet hoffentlich die nötige Berücksichtigung bei unserer Regierung. Gegen die austro-polnische Lösung haben jetzt auch die Deutschen in Oesterreich schwere Bedenken. Deshalb tut man gut, sich in der polnischen Frage nicht allzu schnell zu binden. Seit Jahren hört man nichts von einer Reform des Auswärtigen Amtes. Eine solche fordert ganz besonders unser auswärtiger Handel, der unter dem Versagen unserer Diplomaten so schwer gelitten hat. Nicht die Personen haben versagt, sondern das System. Wie war es möglich, daß ein Fürst Tschernowozky Botschafter in London werden konnte? (Sehr richtig!) Wir pro-

testieren dagegen, daß das Bürgerium ganz von den besseren diplomatischen Stellungen ausgeschlossen ist. Um auch Unbemittelten die Laufbahn zu ermöglichen, müssen die Posten dementsprechend besser bezahlt werden. Deshalb ist es nötig, daß unser dementsprechender Antrag angenommen wird.

Abg. Gröber (Ztr.) beantragt, den Antrag der Nationalliberalen dem Hauptausschuß zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Das Stirnrunzeln der Konservern und wahrscheinlich bestimmte Depeschen haben den Kanzler heute zur Rede gezwungen. Herr v. Kühlmann hat es nicht verstanden, in Schönheit zu sterben. Sieger ist Graf Westarp geblieben. Bei uns herrscht eben die Militärpartei. (Sehr wahr! bei den Soz. — Gelächter) Wie oft soll unser Sieg schon unmittelbar bevorstanden haben. Der Sieg im Osten verbürgt nicht den Sieg im Westen. Rußland war durch und durch zermürbt. Ich vermisste bei uns die Erklärung, daß wie auch bei den anderen die Unversehrtheit ihrer Staatsgebilde gewährleistet wird. Was wir gestern über Belgien hörten, war ein Rückschritt. Wir haben den Ueberfall wieder gutzumachen. Im Osten finden wir überall eine unheilvolle Politik, die nicht im Einklang mit dem Frieden ist, obwohl er schon ein Gewaltfrieden ist. Durch militärische Erfolge allein ist der Frieden nicht zu erringen. Die Volksmassen müssen begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, den Frieden zu erzwingen.

Abg. Werner-Gießen (D. Fr.): Herr v. Kühlmann sieht die Friedensresolution noch immer als ein Dogma an. Was versteht er unter den Grenzen, die uns bestimmt sind? Die Führer des Volkes sind dazu berufen, alle großen Taten des Heeres auszunutzen und dürfen nicht die Stimmung herabmindern. Die austro-polnische Lösung wird der erste Nagel zum Sarge des deutsch-österreichischen Bündnisses sein.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 2 Uhr, vertagt; außerdem: Kleine Stats und Gelegenheitswürfe. Schluß 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Kaukasisch-Armenien.

Kiew, 26. Juni. (W.B. Nichtamtlich.) Kaukasisch-Armenien hat vor einigen Tagen seine staatliche Unabhängigkeit erklärt. Ministerpräsident ist D. R. Raschazumi, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chassian. Eine armenische Delegation ist zur Besprechung der schwebenden transkaukasischen Fragen am 19. Juni in Konstantinopel eingetroffen.

Der Handelskrieg.

Bern, 26. Juni. (W. B.) Der „Daily Mail“ zufolge nahm die Handelskammer in Dorking eine Entschliessung an, in der von dem gänzlich unbegründeten Hass des deutschen Volkes gegen das britische Reich und von grausamer Behandlung der britischen Gefangenen in Deutschland gesprochen und erklärt wird, daß, welches auch immer die Bedingungen des künftigen Friedens sein mögen, diese Handelskammer für einen Zeitraum von 25 Jahren jeden Deutschen von der Mitgliedschaft ausschließen, ferner mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln alle Güter deutscher Herkunft oder Fabrikation boykottieren werde.

Johannesburg, 26. Juni. (W. B.) Neuter. Die jährliche Konferenz der vereinigten Industrie- und Handelskammern von Südafrika hat einstimmig einen Beschluß angenommen, in dem der festen Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die Rückgabe der deutschen Kolonien in Ost- und Westafrika an Deutschland für den Frieden und die industrielle Blüte der südafrikanischen Union und des britischen Reiches verhängnisvoll sein würde.

Die flandrische Frage.

W.B. Köln, 25. Juni. Zu der Erklärung des Rats von Flandern an das Deutsche Volk wird der Köln. Btg. von besonderer Seite geschrieben: Der Aufruf stellt als politisches Ziel die Aufrichtung eines flämischen Staates mit eigenem Parlament, eigener Verwaltung und eigenem Richterstande auf. Es ist kein Zweifel, daß unter diesen Bedingungen das flämische Volk tatsächlich eine Gewähr dafür erhalten würde, daß die früheren, für das flämische Volkstum so trüben Zustände nicht wiederkehren. Für Deutschland war in einer solchen Regelung eine „reale Garantie“ erreicht, daß tatsächlich der französische Einfluß in dem bisherigen Belgien zurückgedrängt wird. Damit ist auch für Deutschland eine der unbedingt notwendigen Sicherheiten gegeben, daß dieses Land nicht wieder aufmarschgebiet unserer Feinde wird. Ein freies, auf germanischer Grundlage aufgebautes Flandern hat ebenso wie Deutschland ein Lebensinteresse daran, französische oder englische Heere von seinen Grenzen fernzuhalten. Schutzmaßnahmen hiergegen schälen unmittelbar auch Flandern. In wirtschaftlicher Beziehung bedarf aber ein solches selbständiges Flandern aus von der Natur gegebenen Bedingungen heraus der Anlehnung an das Deutsche Reich. Keine Annexion, keine Zwangsverdeutschung Flanderns, nein, ein Flandern, frei flämisch in enger wirtschaftlicher Beziehung zu dem natürlichen Hinterland Deutschland, das bleibt das erstrebenswerte, dem Wohle aller Beteiligten dienende Ziel.

Amerikanische Ausbreitung in Afrika.

Man schreibt der Köln. Btg.: Die Amerikaner, die eifrigen Verfechter der Monroelehre, beginnen immer mehr, sich in Afrika zu betätigen. Das sollte uns zu denken geben, um so mehr, als die amerikanischen Bestrebungen sich auf Gebiete verteilen, an denen wir ein allergrößtes Interesse haben, seitdem Dr. Solz von einer Abrundung des deutschen Kolonialbestandes gesprochen hat. Der Gedanke an ein vergrößertes mittelafrikanisches Kolonialreich hat im deutschen Volk großen Widerhall gefunden und wird von allen Parteien unterstützt, da es sich hier um die wichtigste Frage für Deutschland handelt, nämlich um die Beschaffung der für unsere Industrie so notwendigen Rohstoffe. Das wichtigste Glied in diesem zu erstrebenden deutschen Kolonialreich wird ein Teil der westafrikanischen portugiesischen Kolonie Angola und des belgischen Kongo sein müssen. Gerade in den Teilen Angolas und des Kongogebietes, welche uns interessieren, bestehen schon seit langen Jahren amerikanische Missionen, die wir aus den Jahren 1899 und 1900 von Samoa her in keiner angenehmen Erinnerung haben. Auch in Hawaii haben es damals amerikanische Missionare verstanden, den deutschen Einfluß in rücksichtslosester Weise zu beseitigen. Während der Kriegezeit sind die neuen Unternehmungen in Afrika weitergegangen. Wie Professor Dr. Haus Meier in seinem Buch über Das portugiesische Kolonialreich der Gegenwart schreibt, wurde 1915 eine nordamerikanische Mininggesellschaft gegründet, welche nördlich von Loanda Petroleum erschöpfen und in Ostangola Diamantenbergbau treiben will. — Dem Bergbau folgen naturgemäß Handel und Gewerbe, wobei natürlich Amerikaner den Vorzug erhalten werden, die Mission ist bereits an Ort und Stelle, und wir haben das Nachsehen. Der Einfluß auf die Eingeborenen, den wichtigsten Faktor in einem Neuland, läge somit ganz in den Händen unserer Gegner. — Eins folgt dem andern, und so verkehren auch bereits an Stelle der ausgefallenen deutschen Boermannsdampfer seit 1915 amerikanische Schiffe, die sich früher auf den Verkehr von Newyork nach Liberia und Nigieren beschränkten. Daß Amerika sich gerade das schmale Portugal zum Opfer ansersehen hat, ist bezeichnend. Jedenfalls müssen wir der amerikanischen Ausbreitung in Mittelafrica die größte Aufmerksamkeit schenken.

Irland.

W.B. Dublin, 24. Juni. Meldung des Reuterschen Büros. Wie gemeldet wird, hat die Polizei 40000 Getreidepatronen beschlagnahmt, die als Getreide in Getreidebäcken eingeschmuggelt werden sollten.

London, 22. Juni. Times meldet: die neue Sinn-Fein-Partei hat einen neuen Sieg errungen; ihr Kandidat in East Cavan wurde mit 3795 Stimmen gegen den nationalistischen Kandidaten, der 2581 Stimmen erhielt, gewählt.

Sibirien.

Amsterdam, 25. Juni. Die Dailly Mail meldet aus Petersburg: Die britische Regierung entfaltet in Sibirien eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete des Handels. Bis vor kurzem gab es dort nur ein englisches Konsulat, das in Wladiwostok. Jetzt sind auch in Krasnojarsk, Irkutsk, Chabarowsk und Nikolajewsk britische Konsulate errichtet worden.

Rotterdam, 25. Juni. Dem Nieuwe Rotterdamischen Courant wird aus London gemeldet: Zu dem Gerücht, daß der Präsident Wilson jetzt zur Intervention in Sibirien befehrt sein soll, bemerkt der Manchester Guardian, man könne erwarten, daß Wilson, wenn er seine Ansichten über die Politik der Alliierten in Rußland wirklich geändert habe, mit seinen neuen Auffassungen ebenso wenig hinter dem Berge halten werde als mit seinen früheren. Seine letzte Tat, die Entsendung einer Eisenbahnmission, um Rußland zu helfen, sei ein ziemlich deutliches Anzeichen dafür, daß er an seiner ursprünglichen Ueberszeugung festhalte.

Kirche und Schule.

Niederländisch auf unsern höhern Schulen. Als vor einiger Zeit die neue Prüfungsordnung für das höhere Lehramt in Preußen herauskam, wurde der Wunsch geäußert, daß doch auch das uns sicherlich ebenso nahe wie das Dänische oder Polnische stehende Flämische (überhaupt das Niederländische) als „Zusatzfach“ zugelassen werden möchte. Nun hat der preussische Kultusminister diesen Wunsch der Freunde der alten flämischen Kultursprache erfüllt, indem er bestimmt hat, daß das Niederländische als Zusatzfach gewählt werden darf. Die Kandidaten müssen das Niederländische schreiben und sprechen können, die niederländische Geschichte und Kultur kennen sowie mit der Völkerverständigung und den staatlichen Einrichtungen von Holland und Belgien vertraut sein. Diese Bestimmung wird hoffentlich die alten Beziehungen zwischen den Nord- und Südniederlanden einerseits und Deutschland, namentlich Westdeutschland, andererseits wieder engerknüpfen, zumal die geistigen Beziehungen, die einst so rege waren.

Aus dem Gerichtssaal.

Dem Berliner Lokalanzeiger aus Bromberg zufolge verurteilte die dortige Strafkammer die Kaufleute Litwinski aus Posen und Kau aus Bonn wegen Schiebung mit Gerste und Haferpreisüberschreitung zu 180 000 resp. 8000 Mark Geldstrafe.

Bermischte Nachrichten.

* Bulgariſcher Tabak. In Bulgarien waren voriges Jahr 300 000 Dekar mit Tabak bepflanzt. Dieses Jahr hat man die Fläche auf 500 000 vergrößert, und man erwartet darauf eine Ernte von 40 Millionen Kilo. Deutschland hat ein großes Interesse daran, da es namentlich Zigarettentabak von dort bezieht.

Der letzte Sohn. Bekanntlich ist es den Familien gestattet, den Antrag auf Zurückziehung des letzten Sohnes aus der Gefahrenezone zu stellen, wenn mehrere Söhne vorher gefallen sind. Nun kommt es oft vor, daß in Familien nur zwei Söhne vorhanden sind und einer bereits gefallen ist. Diese Familien haben es wie eine Art natürlichen Rechtes betrachtet, daß ihnen die gleiche Vergünstigung zufließt, wie den Familien, von denen vor dem letzten Sohn mehrere gefallen sind. Auf eine Anfrage hat dazu das bayerische Kriegsministerium mitgeteilt, daß eine solche Berücksichtigung in Hinsicht auf die große Anzahl der Fälle und den dringenden Ersatzbedarf des Feldheeres im allgemeinen nicht stattfinden kann. Die Entscheidung steht dem Feldrumpenteil im einzelnen Falle zu, der jedoch in allererster Linie diejenigen Familien zu berücksichtigen hat, die mehrere Söhne verloren haben.

* Seltene Kriegsschicksale erlebte der einer alt-hannoverschen Familie entstammende Oberarzt Georg Eyl, der an der Westfront den Heldentod gestorben ist. Er war bis zu Beginn des Krieges leitender Arzt des Zivilkrankenhauses in Tsingtau. Während der Belagerung Tsingtaus war er Chefarzt des Festungshilfslazarets. Nach der Einnahme der Festung kam er zunächst in japanische, dann in englische Gefangenschaft. Er wurde von den Engländern nach Australien verschleppt und dort neun Monate festgehalten. Hierauf entlassen, begab er sich nach Peking, wo er selbstvertretender Arzt der deutschen Gesandtschaft war. Nach Abbruch der Beziehungen mit China lehrte er in die Heimat zurück und trat in das Heer ein.

Bekanntmachung.

Das Sammeln von Beeren im Schutzbezirke Forsthaus des hiesigen Stadtwaldes ist nur den Inhabern von Erlaubnisscheinen gestattet, welche letztere gegen Zahlung einer Abgabe von 2 Mark bei Herrn Förster Schweter erhältlich sind.

Die Scheine gelten nur für das laufende Jahr und nur für die Person, auf deren Namen sie ausgestellt sind.

Oberlahnstein, den 26. Juni 1918.

Der Magistrat.
Schüz.

Holzversteigerung.

Am 1. Juli 1918, mittags 1 Uhr ab, werden im Rakenelobogener Gemeindewald, Distrikt Hohlensfelsen und Strobelsberg, folgende Hölzer an Ort und Stelle öffentlich versteigert:

190 Tannenstangen 1., 2., 3., 4. und 5. Klasse,
110 Rm. Buchen-Scheit und -Knüppel
2500 Buchen-Astwellen,
3200 Buchen-Blätterwellen,

Anfang wird im Distrikt Hohlensfelsen gemacht

Rakenelobogen, den 24. Juni 1918.

Stauch, Bürgermeister.

Ein tüchtiger

Knecht

(auch kriegsbeschädigt), der selbständig alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichtet, sofort gesucht.

Haus Lohberg, Bergnassau,
Post Nassau a./Lahn.